

Volksrecht

für Schlessen · Organ für die werktätige Bevölkerung

Das „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flursstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksrecht“, Neue Graupenstraße 3; Matthiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,37 Rmt. + 6 Pf. Trägerlohn = 0,43 Rmt., monatlich 1,55 Rmt. + 33 Pf. Trägerlohn = 1,90 Rmt. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Rmt.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 14 Pf. auswärts 27 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flursstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Nr. 21737 und 21739, Redaktion Nr. 21738, Postfachkonto: Breslau 5832. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückergeben, wenn Rückporto beiliegt

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Dienstag, den 26. Januar 1932

Nr. 21

Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur!

An alle deutschen Männer und Frauen freiheitlicher Gesinnung!

Vorbei sind die Monate der bloßen Verteidigung und Abwehr! Das Deutschland der Republik und Demokratie steht auf für Volksrechte gegen Diktatur. Widerstandswille ist aufgeflammt in allen deutschen Gauen. Es hat keiner Propagandakünste und keiner Befehle bedurft. Ein Anstoß — wenige organisatorische Hammerschläge genügt: in Stadt und Land wuchs empor die

preist. Der Kampf Deutschlands um Aufhebung der würgenden Reparationszahlungen ist jenen Leuten nur ein Mittel zur innerpolitischen Verhetzung.

Ein Volk, das sich durch Drohung mit Gewalt und bezahlte Demagogie das Recht der Selbstregierung nehmen läßt, wird nie die äußere Freiheit erlangen und erhalten können.

Im Hitlerismus hat sich diese wirre Zeit einen gewalttätigen Götzen gegeben. Scharlatane fordern die unumschränkte Herrschaft über Leben und Tod, Arbeitskraft und Eigentum aller Deutschen. Nicht die Spur einer schöpferischen Idee — nichts weiter als Blutphantasien hat der sogenannte Nationalsozialismus zur eigenem hervorgebracht.

Großes steht auf dem Spiel — Großes muß von allen freiheitlich gesinnten Männern und Frauen in den kommenden Wochen und Monaten gefördert und geleistet werden.

In allen Bezirken des Reiches muß bis zum 21. Februar 1932 die Eiserne Front formiert sein!

**Kundgebungen
am 21. Febr. in ganz Deutschland
müssen Freunden und Gegnern die Wucht und Kraft der Eisernen Front sinnfällig vor Augen führen.**

Gewaltige Geldmittel stehen den Feinden des Staates von Weimar zur Verfügung. Sie hoffen, durch Riesenaufwand an Propaganda die Demokratie niederringen zu können. Auch diese Spekulation wird und muß fehlschlagen. In allen Bezirken sind unverzüglich Maßnahmen zur Durchführung einer

Rüstwoche der Eisernen Front

zu treffen und öffentliche Sammelstellen aufzulegen. Es gilt, der Zerstörung von Deutschlands letzter Wirtschaftskraft Einhalt zu tun; jetzt heißt es, die gewaltigen Energien, die allein die Demokratie zu entfesseln vermag, für die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands einzusetzen. Voraussetzung dafür ist der Sieg der politischen Vernunft über die Propheten des Chaos.

Eiserne Front für soziale Gerechtigkeit!

Eiserne Front für wirtschaftliche Gesundung!

**Eiserne Front für außenpolitische Freiheit,
Frieden und Völkerverständigung!**

**Eiserne Front wider alle Feinde der
demokratischen Republik!**

Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur!

Berlin, den 25. Januar 1932

Die Reichskomplettung der Eisernen Front!

**Eiserne Front
für Volksrechte gegen Diktatur!**

Heben die Einheiten des Kelchbanners Schwarz-Rot-Gold
traten die Arbeitssportler und in den Betrieben formieren
sich alle freiheitlich gesinnten Gewerkschafter als Ham-
mer-schafften der Eisernen Front.

Eine Millionennähe — nicht für gewaltsame Angriffe, sondern wider alle
Bürgerkriegspläne! Die Existenz dieser durch eine wahre Volkshebung auf-
gerichteten Eisernen Front muß jeden Gedanken auf Raub politischer, gewerk-
schaftlicher und kultureller Freiheiten ersticken.

Die Eiserne Front ist keine Parteisache und will nicht eine Partei sein.
Ihr Dienst gilt der bedrohten Freiheit des deutschen Volkes, der Erfüllung
der Verheißungen in der Verfassung von Weimar.

Viele bittere Tage, harte Wochen und schwere Monate der Abwehr und
des Aushaltens liegen hinter uns. Bis in die Fundamente hat eine unerhörte
Krise die deutsche Wirtschaft erschüttert, Industrie, Handel und Gewerbe
sowohl wie Landwirtschaft. Millionen der besten deutschen Arbeiter, darunter
hunderttausende Kriegsteilnehmer, stehen an den Stempelstellen; mit ihnen
sind hochqualifizierte Angestellte, Techniker und Ingenieure zu qualvollem
Feiern müssen verurteilt. Tausende und aber Tausende junger, arbeits-
dürstiger Männer und Frauen der freien Berufe sehnen den Tag herbei, der
ihnen Gelegenheit gibt, die in jahrelangen Studien erworbenen Kenntnisse
zu ihrem und des deutschen Volkes Nutzen zu verwerten. Sie alle leben von
karglicher Unterstützung oder sind angewiesen auf die Hilfe ihrer Familien.

Wer ist noch sicher, daß nicht auch ihn und seine Familie die Lawine der
Wirtschaftsnot in den Abgrund reißt?

Der Arbeiter nicht und nicht der Angestellte. Der Bauer nicht und nicht
der Handwerksmeister. Kein Unternehmer mehr — und sei er ein persönlich
noch so einsichtiger und tüchtiger Mann — hat die Sicherheit, seinen Betrieb
aufrechterhalten zu können. Ist ein Volk in Not, trifft's auch die Beamten in
Reich, Staat und Gemeinden.

Diese Zeit der Not wird seit Jahr und Tag verlängert und verschärft von
herrschaftlichen Egoisten, die für die Massen des Volkes zu Arbeitslosigkeit,
zu Lohn- und Gehaltsabbau auch noch den

Raub der Rechte eines freien Staatsbürgers

fügen wollen. Mit Millionen, die von Lohn und Gehalt abgezogen wurden,
sind Bürgerkriegsarmeen aufgestellt und ausgerüstet worden; ganze
Schwärme von Schwadronen werden durch Stadt und Land geschickt;
wird Propaganda bezahlt, die als „Retter“ die Verderber Deutschlands an-

Die entscheidende Sitzung

am Donnerstag über die Verlängerung des Stillhalteabkommens an die Reichsbank

Paris, 25. Januar (Eigener Drahtbericht).

Der Verwaltungsrat der Bank von Frankreich, als der „Inkrustation“ meldet, in seiner am Donnerstag stattfindenden Sitzung einen Beschluß darüber, ob der französische Anteil an dem 100-Mill.-Dollars-Kredit der Reichsbank, der am 1. Februar fällig wird, verlängert werden soll oder nicht. Von der Entscheidung der Bank von Frankreich hängt die Verlängerung des Stillhalteabkommens über die kurzfristigen Kredite ab.

A. Kr. Diese Sitzung des Verwaltungsrats der Bank von Frankreich wird für Deutschlands Zukunft in den nächsten Monaten entscheidend sein. Sie wird darüber entscheiden, ob eine neue schwere Kreditkrise hineinkommen werden oder ob eine weitere Kampagne zur Überwindung der Wirtschaftskrise erhalten.

Wie bekannt, haben seit Mitte Dezember vorigen Jahres in Berlin die Vertreter des deutschen Finanzkapitals mit den Vertretern der ausländischen Bankiers, die Deutschlands private Löhner sind, getagt, um eine Verlängerung des Stillhalteabkommens, das Ende Februar abläuft, herbeizuführen. Diese Verhandlungen, die außerordentlich schwierig und bei denen lange Zeit hindurch die Aussichten auf Erfolg sehr gering waren, haben sich vor einigen Tagen zu einem Abschluß geführt, der eine Verlängerung des Stillhalteabkommens um ein ganzes Jahr, also um eine doppelt so lange Zeit, als die das bisherige Stillhalteabkommen galt, vorsieht und in dem auch das bisherige Stillhalteabkommen technisch und finanziell Deutschland sehr verbessert wird. So besteht z. B. in dem neuen Stillhalteabkommen kein Zwang zur Aufbringung bestimmter Zahlungsraten auch während der Geltungsdauer des Vertrages mehr, wie in dem bisherigen Abkommen und außerdem ein gewisser Transferenschutz für die deutsche Währung in das Abkommen eingebaut, indem ein absolutes Veto der Reichsbank gegen Beschlüsse, während der Geltungsdauer des Vertrages Abzahlungen zu leisten, festgelegt wird, für den Fall, daß die Devisenlage es erfordert. So wird es also wahrscheinlich unter dem neuen Stillhalteabkommen nicht wieder kommen, daß trotz des Abkommens dauernd der Reichsbank Gold und Devisen entzogen werden, wie es während der Geltung des bisherigen Stillhalteabkommens in hohem Maße geschehen ist. Die Reichsbank hat seit September noch weiter fast eine Milliarde Gold und Devisen verloren.

So erfreulich dieser Abschluß des neuen Stillhalteabkommens auch ist, und so Überaussehend der Erfolg unserer Finanzpolitik in rein finanzieller Hinsicht erscheint, so wenig ist uns jedoch schon mit diesem Stillhalteabkommen für die nächste Zeit gesichert. Denn die Geltung dieses Abkommens ist an mehrere Voraussetzungen geknüpft. Es tritt überhaupt nur in Kraft bzw. bleibt nur in Geltung, wenn zum Beispiel in Deutschland kein Moratorium erklärt wird oder wenn die Beschlüsse der ausländischen Notenbanken die Reichsbank weiter verlängert werden oder wenn zukünftige internationale Veränderungen in finanzieller oder wirtschaftlicher Hinsicht nicht eine Lage schaffen, die die Wirksamkeit des Abkommens ernstlich gefährden. Tritt eines dieser drei Ereignisse ein, so kann der Vertrag in den Auslandsbanken vorzeitig gelöst werden. Die dritte Voraussetzung ist in ihrer Bedeutung nicht ganz klar. Sie nimmt an, daß damit die Wiederaufnahme der Reparationszahlungen in alter Höhe gemeint ist, so daß das Stillhalteabkommen gekündigt werden könnte, wenn es zu keiner Einigung über die Reparationen bis zum Ablauf des Hoover-Freijahres käme. Die erste Voraussetzung schiebt einen Keil gegen gewisse Beschlüsse der Reichsbank, die die Vertreter der Harzburger Front in den letzten Monaten diskutiert und propagiert haben, nämlich in Deutschland ein allgemeines Moratorium zu erklären. Das das Moratorium im Augenblick die zweite Voraussetzung ist, ist nämlich noch unsicher, ob sie erfüllt werden kann. Damit sind wir bei dem Inhalt der vorliegenden Meldung angelangt. Die B.Z. hat nämlich vor einer Woche von Tagen beschlossen, daß sie ihren Anteil an dem gemeinsamen Beschluß der B.Z. und der Notenbanken von Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten an die Reichsbank (sogenanntes Rediskontkredit) nur dann weiter verlängern werde, wenn die anderen Notenbanken, also auch die Bank von Frankreich, ihren Anteil von 25 Millionen Dollar ebenfalls verlängerten. Über diese Frage wird die Bank von Frankreich in ihrer am Donnerstag stattfindenden Sitzung entscheiden. Deshalb ist diese Sitzung für die Entscheidung des Stillhalteabkommens und die Aufrechterhaltung des neuen Stillhalteabkommens entscheidend.

Würde die Bank von Frankreich zu einer Ablehnung der Verlängerung kommen und damit die Verlängerung des gemeinsamen Rediskontkredits von 100 Millionen Dollar unmöglich machen, würde die deutsche Volkswirtschaft in die schwierigste Lage kommen. Denn nicht nur, daß dann die Verlängerung des Stillhalteabkommens nicht in Kraft treten bzw. sofort wieder gekündigt werden könnte (es muß übrigens von den ausländischen Bankiers, die ihre Vertreter nach Berlin entsandt haben, noch festgestellt werden), daß also dann das Ausland nach dem 1. März jede Beschäftigung alle in Deutschland lebenden kurzfristigen Arbeiter sofort abrufen könnte, was schon ohne weiteres unsern Geldbesitz zum Stilllegen bringen müßte, sondern auch die Wahrung würde in größte Gefahr geraten, da die Reichsbank bei diesen Rediskontkredit kaum noch die nötigen Unterlagen für einen außerordentlich geringen Notenumlauf hat, für einen Notenumlauf, der selbst für die Bedürfnisse des in der Krise außerordentlich eingeschränkten Geschäfts auch nicht annähernd ausreichen würde und insbesondere zu einer neuen ungeheuren Inflation unseres Wirtschaftslebens führen müßte. Wir haben erwähnt, daß die Reichsbank auch während der Geltung des laufenden Stillhalteabkommens fast eine Milliarde an

Deckungsmitteln verloren hat. Das lag daran, daß die deutschen Schuldner auch unter Geltung des Stillhalteabkommens 1 1/2 Milliarden Mark, und wahrscheinlich noch mehr, kurzfristige Kredite an das Ausland weiter zurückgezahlt haben. Die Folge davon ist, daß wenn der Rediskontkredit nicht mehr verlängert wird, die Reichsbank dann nur noch etwas über 500 Millionen (940 Millionen — weniger 420 Millionen) Mark Gold und 150 Millionen Mark Devisen haben wird. Für den gegenwärtigen Notenumlauf würde dann höchstens eine Deckung von zirka 16 Prozent vorhanden sein und eine Reserve, die irgendwie ins Gewicht fällt, um den dann zu erwartenden Abziehungen von kurzfristigen Krediten in großem Maßstab gerecht werden zu können, wäre in keiner Weise mehr vorhanden. Diese 650 Millionen Mark Deckungsmittel würden in wenigen Tagen wie nichts dahingeschwunden sein. Das aber würde bedeuten, daß zum mindesten der Außenwert der deutschen Mark ins Wertlose stürzen und im Innern durch die scharfe Zusammenziehung des Notenumlaufs eine neue große Welle von Geschäftsstilllegungen und Arbeitslosigkeit auftreten würde.

Wir glauben nicht daran, daß die Bank von Frankreich wegen des Scheiterns der Lausanne Konferenz zu einem Beschluß kommen wird, der diese verhängnisvollen Folgen haben müßte. Die Vermutungen, die von Seiten der Presse der Harzburger Front jederzeit an das Veto des französischen Vertreters in der Leitung der B.Z. geknüpft wurden, den Anteil der B.Z. am Rediskontkredit zu verlängern, und an sein Verlangen, diesen positiven Beschluß der B.Z. von dem gleichen Beschluß aller mitbeteiligten Notenbanken, also auch der Bank von Frankreich, abhängig zu machen, hätten wir für nicht begründet, sondern für eine Ausgeburt der krankhaften Naziphantasie. Wir glauben, daß ein positiver Beschluß der Bank von Frankreich ohne weiteres

Gegen den Terror der Nazis und das Verschlagen der Polizei in Chemnitz Sozialdemokratische Interpellation im sächsischen Landtag — Anehörte Zustände in Chemnitz

Chemnitz, 25. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Wieder einmal wird sich der sächsische Landtag mit den unhaltbaren Polizeiverhältnissen in Chemnitz beschäftigen. Die Passivität der verantwortlichen Chemnitzer Polizeiorgane gegen den Terror der Nationalsozialisten wächst sich mehr und mehr zu einem Skandal aus. Am 12. Januar früh 7 Uhr wurde die Siedlung Chemnitz-Kappel der Allgemeinen Bauernoffenheit, ein sozialistisches Unternehmen, von einem großen Trupp Nationalsozialisten regelrecht besetzt. Dieser Vorfall wird im sächsischen Parlament ein Nachspiel haben. Die Sozialdemokratische Fraktion hat im sächsischen Parlament einen Antrag eingebracht, in dem es heißt:

Ein unerhörter Vorfall hat sich am 12. Januar früh 7 Uhr in der Siedlung der Allgemeinen Bauernoffenheit, Chemnitz-Kappel ereignet. Eine Kolonne von etwa 100 Mann der NSDAP besetzte die Siedlung, riegelte sämtliche Ausgänge ab, postierte einzelne Trupps vor den Eingängen der Häuser und besetzte die Privatwege innerhalb der Häuser durch Posten und Patrouillen.

zustandekommen wird. Aber das eine ist doch aus dieser Sachlage zu entnehmen: wie wenig nämlich Deutschland im Grunde in der Lage ist, zurzeit eine Außenpolitik zu treiben, die es auf einen ernsthaften Konflikt mit Frankreich ankommen läßt. Mit anderen Worten, wie gefährlich die Alles-oder-Nichts-Politik ist, die die Regierung Bräutigam in der Reparationsfrage zurzeit treibt. Es zeigt sich, wie besser Wahnsinn es ist, in der gefährlichen Welle gegen Frankreich zu gehen, wie es fast die gesamte deutsche bürgerliche Presse zurzeit tut. Es ist ebenso wahnsinnig, wie wenn man einen Reiter würde, dessen Koffer selbst an der Kehle sitzt. Tatsächlich hat Frankreich die Möglichkeit, wenn es will und wenn Deutschland es dazu reizt, uns wirtschaftlich völlig zu ruinieren. Und nur eine Politik der Besonnenheit und des Versuches, trotz allem mit Frankreich zu einer Verständigung zu kommen, kann aus dieser Lage herausführen.

Fällt der Beschluß der Bank von Frankreich am Donnerstag positiv aus und damit kann man rechnen, und ist damit die Voraussetzung für das Inkrafttreten des neuen Stillhalteabkommens gegeben, so sind wir damit für die nächsten Monate aus der größten Verlegenheit befreit. Aber eben nur für die nächsten Monate. Denn spätestens Ende Juni muß doch eine Einigung mit Frankreich erzielt sein, weil sonst die dritte Voraussetzungen für das Stillhalteabkommen forsfällt. Denn die Stillhalteabhandlungen haben zwar einen für den Augenblick recht sühbaren guten Erfolg gehabt, darüber darf aber nicht vergessen werden, daß das eigentliche Ziel der deutschen Finanzvertreter auf der neuen Stillhaltekonferenz in Berlin nicht erreicht worden ist, nämlich ein langfristiges Abkommen zur langfristigen Amortisation bzw. teilweisen Umwandlung der kurzfristigen Schuld. Das haben die Auslandsgläubiger ausdrücklich verweigert. Diese einjährige Verlängerung des vorläufigen Stillhalteabkommens ist also wiederum nur ein Provisorium und war auf der anderen Seite das Äußerste, was zu erreichen war.

Kleinere Trupps drangen in die Häuser ein, um angeblich Flaggen zu verteilen. Die Bewohner der Siedlung, die in dieser skandalösen Weise belästigt und ihrer Freiheit beraubt waren, setzten sich natürlich zur Wehr. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Flugblattpatrouillen besahen die Unverschämtheit, einigen Personen, den Zutritt zur Straße zu verwehren. Die von der Einwohnerwehr der Siedlung zur Hilfe und zum Schutz gerufene Polizei erschien erst eine Stunde später. Die Einwohnerwehr von Chemnitz-Kappel wird daher dem hemmungslosen Treiben der nationalsozialistischen Kolonnen ausgeleitet und ist einmal in der eigenen Wohnung vor dem Terror nationalsozialistischer Banden sicher. Dieser jedem Staatsbürger hohnsprechende Zustand konnte nur deshalb entstehen, weil die oberen Polizeiorgane in Chemnitz ihre Pflicht als Organe der öffentlichen Ordnung vernachlässigen, wenn es sich um Ausschreitungen der Nationalsozialisten handelt.

Im übrigen fordert die sozialdemokratische Fraktion, daß die Regierung eine strenge Untersuchung anordnet und die verantwortlichen Chemnitzer Polizeiorgane anweist, die Bevölkerung vor den Terrorakten der Nationalsozialisten zu schützen.

Die Nazis holen sich Prügel

Sie versuchen die Versammlungen der „Eisernen Front“ zu sprengen. Polizei findet bei den Nazis jedesmal Waffen

Bochum, 25. Januar (Eigener Drahtbericht).

Der dem Zentrum und dem Reichsbanner angehörende Prinz zu Löwenstein spricht gegenwärtig in den von der Eisernen Front veranstalteten Kundgebungen im Ruhrgebiet. Den Nazis hat es dielet Prinz ganz besonders angefallen. „Blaublütige“ gehören ihrer Ansicht nach, wie Prinz Kuni und Konstantin, in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Allorts versuchen sie deshalb die Versammlungen Kundgebungen zu sprengen. Ganz offenbar liegt System darin.

In Witten (Ruhr), versuchen die Nazis, alle Einladungsplakate für die republikanischen Kundgebung abzureißen. Das Reichsbanner war jedoch Tag und Nacht auf der Wacht und betrieb die Helben vom Dritten Reich. In Wanne-Eickel blieb es bei dem Versuch einer Störung, weil die Radaumacher schnell an die frische Luft geflohen wurden. In Gelsenkirchen kam es zu einer Saalplacht. Als die Nazis mit Stühlen auf die Versammlungsbühnen losgehen wollten, wurden sie verprügelt. Einige mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Ein Revolver wurde entnommen, bei einem anderen Nazi fand die Polizei einen Totschläger. In Herne wollten die Nazis ebenfalls eine Demonstration in Verbindung sprengen. Aus den umliegenden Städten hatten sie Verstärkungen herangezogen. Aber auch in Herne bekamen sie eine gehörige Tracht Prügel. Außer dem Totschläger und einem Revolver wurde von der Polizei ein Trommelrevolver abgenommen.

Die Eisernen Front marschierte auch im Ruhrgebiet. Alle Kundgebungen waren bisher besetzt. Die Aktivität der Nazis wird im Ruhrgebiet eine noch größere Aktivität der Eisernen Front zur Folge haben.

Neue Chinadebatte im Völkerbundsrat

Der Rat hat die Parteivertreter an

Genf, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

In der Montag-Nachmittagssitzung des Völkerbundesrates wurde die Aussprache über den mandchurischen Konflikt begonnen. In der vorbereitenden Geheimhaltung war China eröffnet worden, daß der Rat keine Möglichkeit hat die Anwendung der Artikel 15 oder 16 des Völkerbundespaktes mit ihren wirtschaftlichen Sanctionen finden würde. Deshalb beabsichtigte die chinesische Delegation, den Rat zu beschuldigen, daß China ein Recht habe, sich für die Erlangung der Selbstbestimmung zu bemühen. Die chinesische Delegation erklärte, daß die Anwendung der Artikel 15 oder 16 des Völkerbundespaktes nicht möglich wäre, um dem Konflikt ein Ende zu setzen.

Der amerikanische Vertreter Carlo Quirino erklärte, es sei ihm nach dem 25. Millionen Chinesen in der Mandchurei die Idee von einer großen Unternehmung keine Rede sein. Er erklärte, daß die Anwendung der Artikel 15 oder 16 des Völkerbundespaktes nicht möglich wäre, um dem Konflikt ein Ende zu setzen.

sehr kritisch, aber nicht durch die Schuld der Japaner. Sato schilderte dann die angeblichen Angriffe und produzierten Zusammenstöße mit Chinesen und Schloß mit der Versicherung, daß Japan keine territorialen Absichten auf die Mandchurei habe, aber es wolle die Mandchurei sichern für China und alle anderen Mächte, die dort in Frieden arbeiten wollten. Japan erwarte das Ergebnis der Untersuchung der Kommission, die gerade jetzt nach der Mandchurei abreisen werde. Mit dem Material dieser Kommission werde der Rat besser urteilen können.

Den China erwiderte mit der deutschen Feststellung, der Zweck der japanischen Bewegung und des neuen japanischen Vorstoßes sei, den chinesischen Posten zu brechen. Man könne immer und immer mehr Truppen hinschicken, keine Regierung könne aber die Bevölkerung zwingen, Waren zu kaufen, die sie nicht wollte. Zum dritten Male seit 15 Jahren habe Japan chinesisches Land besetzt. Man brauche sich daher nicht zu wundern, daß das ganze Volk verzweifelt sei und nunmehr Gegenmaßnahmen ergreife. Er hoffe auf eine gerechte Behandlung durch den Völkerbundsrat.

Paul Boncour sagte die Debatte zusammen: Der Rat werde sich überlegen, was zu tun sei. Bezüglich der Mandchurei sei der Rat an die Resolution vom 10. Dezember gebunden. Jetzt aber müßten die Ereignisse, die seither eingetreten seien, untersucht werden. Sie seien sehr schwer, und er bitte einseitigen die Parteien, bei ihren Regierungen vorstellig zu werden, damit jede Feindseligkeit vermieden werde. Damit schloß die Debatte.

Die Fortsetzung der sinesisch-japanischen Aussprache findet am Dienstag vormittag statt.

England will in Indien kämpfen

London, 25. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Der Vizekönig von Indien eröffnete die Sitzung des Indischen Parlaments in Neu-Delhi mit einer scharfen Rede gegen den Kongreß. Er erklärte, daß keine Regierung zu Verhandlungen mit den Nationalisten bereit gewesen sei, daß sie selbst die Verhandlungen verschlagen hätte, die aber nur mit Unterstützung der Nationalisten werden seien. Jetzt könne es kein Kompromiß geben. Die Regierung sei entschlossen, zu kämpfen, um die Gewalt zu unterdrücken, die sonst eine dauernde Unterdrückung der Regierung und der privaten Freiheit darstelle. Eine Überwindung der gegenwärtigen Zwangsverordnungen könne zurzeit nicht in Frage kommen.

Blutige Kämpfe in San Salvador

San Salvador, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Der angeführte Generalissimo Maximiliano Elías erklärte in der mittelmittäglichen Sitzung des San Salvadorer Senats, daß die Regierung mit allen militärischen Mitteln gegen die Aufständischen kämpfen werde. Er erklärte, daß die Regierung entschlossen sei, die Aufständischen zu unterdrücken, die sonst eine dauernde Unterdrückung der Regierung und der privaten Freiheit darstelle. Eine Überwindung der gegenwärtigen Zwangsverordnungen könne zurzeit nicht in Frage kommen.



Preisabbau
bis an die
Grenze des
Möglichen
teilweise
bis zu

50
Prozent

Morgen

Mittwoch, den 27. Januar
beginnt unser großer

~~Inventur~~
~~Ausverkauf~~
Nur **6** Tage!

Auf alle regulären Waren trotz bereits erfolgter Preissenkung **weitere 10 Prozent** Ausverkaufs-
Rabatt!

Die reich-illustrierte **Ausverkaufs-Preisliste** wird auf Verlangen kostenlos zugesandt

Schnellste Abfertigung ist durch Errichtung zahlreicher Hilfskassen und Ausgabestellen gewährleistet

Zahlungserleichterung durch die Kunden-Kredit G. m. b. H. Gartenstraße 67, II (Capitol)

Verlangen Sie ein Sammelbuch falls Sie in mehreren Abteilungen kaufen

LEINENHAUS

BIELSCHOWSKY

NIKOLAISTR. 72-76

BRESLAU

ECKE HERRENSTR.

THEATER
Dienstag 20 bis gegen 23
Jugend-Gesell. 5 u.
Sitz
Mittwoch 18 - 22.45
Stern-Gesell. 5 u.
Gefühl-Riesch-Gesell.
Donnerstag 20 bis gegen 22.45
Stern-Gesell. 5 u.
Wander-Festzelt
Dienstag 15.30
Sittlich-Zell
Tages 21.15 - 23.00
Röhmische Bühne
BALEAREN
Täglich 20.15 - 22.15
Das Meer... Geld
Spanischer
Täglich 20.00
Country 21.00
Wach 20.00 bis 21.00
ERSTES
Täglich 20.00 bis 21.00
Täglich 20.00 bis 21.00

PRIMUS PALAST
Nur bis einschl. Donnerstag
Das große Doppelprogramm
„Ich bleib bei Dir“
Das entzückende Toninstspiel mit
H. Thimig — Jenny Jugo
Fernseh-
„Wiener Herzen“
Eine Liebesgeschichte aus dem
schönen alten Wien
Anmerkungen siehe Preis
Täglich 1/25 Uhr.

Gesellschaftliches Silesia, Theaterstr. 54
Haupt-
Dienstag: **Gesellschaftstanz**
Masken
Theater-Kostime neu entworfene
verleiht billig, großes Spezialhaus
H. Wiersing Telefon 216 44
Lebensbilder
erzählt von Willy Cohn
Friedrich Engels
Mit 1 Bild. 90 Pfennige.
Buchhandlungen Volkswacht
Fernsprecher
2737 u. 2739
Gediegen und zweckmäßige
Ausführung aller Drucksachen
preiswert in kürzester Lieferzeit
Drucker:
VOLKSWACHT
BRESLAU 5 — Flurstraße Nr. 4

Diese Schrift legt das Bekenntnis der heutigen Jugend ab!
ERNST FISCHER
Krise der Jugend
Aus dem Inhalt:
Krise der Wirtschaft / Krise der
Sexualität / Krise der Welt-
anschauung MK. **1.80**
Volkswachtbuchhandlung
Breslau, Neue-Graupenstraße 5 / Flurstraße 4
Berücksichtigt unsere Inserenten!

Der Kampf der Sozialdemokratie

Landtagsabgeordneter Genosse Wendemuth spricht in der Vertreterversammlung der Partei - Versammlung beschließt fast einstimmig die Abschaffung des Vertreter-Systems

Die erste Vertreterversammlung der Partei in diesem Jahre zeigte einen außerordentlich guten Besuch. Genosse Wendemuth gab gleich nach Eröffnung der Versammlung einen zusammenfassenden Bericht über die bisherigen Beratungen in den Vorständen über die Abschaffung des Vertreter-Systems und legte in objektiver Weise die Gründe für und gegen die Abschaffung dieser Einrichtung dar. Der erweiterte Parteivorstand hat in der kurz vorhergegangenen Sitzung nach eingehender Aussprache die Abschaffung beschlossen.

Zu der Vertreterversammlung meldete sich niemand zu dieser Frage zum Wort und die vorgenommene Abstimmung ergab die **Abschaffung des Vertreter-Systems gegen 5 Stimmen.**

Damit war die einst so umstrittene Frage mit einer geradezu seltenen Einmütigkeit erledigt und alle Entscheidungen sind jetzt in die Hände der Gesamtmemberschaft gelegt.

Es sprach nun zum zweiten Punkt der Tagesordnung **Genosse Wendemuth** über das Thema „Wo steht die Partei?“ Es erscheint mir notwendig zu sein, so führte er einleitend aus, gerade in den bewegten Zeiten wie heute über den Alltag hinaus weitergehendere Gesichtspunkte herauszuleisten. Hierzu einige grundsätzliche Bemerkungen. Die sozialistische Bewegung ist ein Kind des Kapitalismus, der Klassenkampf ist der Kampf um den durch den Kapitalismus vorenthaltenen Einkommensanteil der Arbeiterschaft. Dieser Kampf ist auch das Grundelement der Sozialdemokratie geblieben, als die Partei nach dem Untergang am Aufbau des neuen Staates mit aktiver Anteil nahm, als sie mit der Weimarer Verfassung schuf und zu ihrer stärksten Verteidigerin wurde. Was wir heute erleben, ist eine starke Disreditierung dieser von uns mitgeschaffenen Verfassung, also auch hier handeln wir

unter dem Zwang augenblicklicher Verhältnisse. Würden wir anders handeln, so hätte das letzte Ergründungsfeld der brutalen Gewalt der Gegner ausgetrocknet. Dieser Staat ist nicht unser Staat, diese Verfassung ist nicht unsere Verfassung, diese Regierung ist nicht unsere Regierung. Das wollen wir mit aller Deutlichkeit herausstellen, da wir heute von allen unseren Gegnern mit diesen Einrichtungen und dieser Politik aus recht durchsichtigen Gründen identifiziert werden.

Der Redner zeigt in kurzen Zügen unseren Kampf gegen den Faschismus auf und weist auf die ungeheure Bedeutung dieses Kampfes hin. Es geht letzten Endes um die Erhaltung der Grundlage, von der aus wir dann wieder vorwärtsgangenes einholen können. Daß wir diesen Kampf allein führen, erschwert unsere Situation, soll aber kein Grund zur Mutlosigkeit sein. Wäre dies nicht der Fall, hätte diese Bewegung nicht diesen Auftrieb erhalten. Leider haben wir auch keine aktive Hilfe von links her zu erwarten, im Gegenteil wird unser Kampf gegen den Faschismus von dieser Seite aus stark gelähmt. Diese Art von Einheitsfront-Propaganda, mit der Absicht unsere Partei zu zerschlagen, lehnen wir ab, sie entspringt nicht der ehrlichen Absicht, wirklich das Beste für die Arbeiter zu tun.

Der Kampf von heute ist eine **Auseinandersetzung von welthistorischer Bedeutung.** Es ist unsere Aufgabe, mit allen uns gebotenen Mitteln den Nationalsozialismus an der Machtübernahme zu hindern. Bewußt ist diese Politik auch für uns mit Opfern verknüpft, gewiß haben wir Verlust an Wählerstimmen.

Aber vergessen wir doch nicht die Kraft, die in unseren Organisationen steckt, unseren geschulten Funktionärskörper, die noch nie gekannte schwingvolle Aktivität, von der all unsere überfüllten Versammlungen ein bezeichnendes Zeugnis sind. Diese Auslese, die jetzt dadurch erfolgt, daß mancher fahnenflüchtig wird, wirkt für unsere Aufgaben und Bewegung nur lähmend.

So wie wir innenpolitisch vor schweren Kämpfen stehen, so gehen wir auch außenpolitisch großen Entscheidungen entgegen. Auch hier versucht man die Sozialdemokratie für alles verantwortlich zu machen, obgleich wir es waren, die zu allererst mit wirksamen Mitteln eine bessere Regelung der Reparationsleistungen erstrebt und auch erreicht haben. Haben wir nicht unsere ganze Erfüllungspolitik letzten Endes bis auf die Beteiligung der Reparationszahlungen überhaupt abgestellt? Hätten wir nur parteiell gedacht, dann hätten wir uns von Anfang an nur entschieden dagegen zu wenden brauchen, praktisch aber hätten wir kaum eine Erleichterung durch solche primitive Negation erreichen können. Wir wenden uns aber auch gegen die Politik, die von Regierungsmitgliedern außenpolitisch ge-

nur eine neue Phase erzeugt und jede notwendige Verständigung erschwert. Wir werden uns in eine solche angebahnte Einheitsfront nicht einlassen. Die Dinge, die wir also außenpolitisch wie innenpolitisch erleben, sind von außerordentlicher Bedeutung, drängen zur Entscheidung. Es ist müßig, sich über die Frage Endkrise oder nicht zu unterhalten. Wir leben in der Zeit der schärfsten Krise mit ganz gewaltigen Ausmaßen, wir müssen alle in unseren Reihen aktiv machen, um im entscheidenden Augenblick den Schlag des Gegners abzufangen.

Klarheit des Blickes, Kraft und Entschlossenheit, eiserne Nerven, das müssen wir jetzt haben, das gewährt uns den Sieg. (Großer Beifall.)

In der anschließenden **Diskussion** nimmt zunächst Genosse Ward das Wort. In einer Zeit, wo wir eine Rückentwicklung zum Obrigkeitsstaate erleben, müssen wir den Kampf gegen die Demokratie wieder gewinnen, zumal das Bürgertum nicht mehr demokratisch sein will und sein kann. Genosse Lehmann wendet sich gegen weitere Reparationsleistungen. Heute für den Staat zu kämpfen, muß vielen Arbeitslosen und Rentempfangern schwer fallen; wir erwarten darum größeres Ent-

gegenkommen von diesem Staat. Genosse Barnekt weist darauf hin, daß wir manches von der Verfassung einbüßen müßten, trotzdem wird es uns wieder gelingen, die Massen zu gewinnen. Bei stürkster Aktivität unsererseits muß die Nazibewegung zusammenbrechen. Genosse Rippmann fordert unbedingte Treue gegenüber der Klassenaufgabe. Bei allen unseren heutigen Kämpfen müssen wir die Grundlage unserer Partei im Auge behalten.

Genosse Hamburger unterstreicht und ergänzt die Ausführungen Wendemuths. Die Einheitsfront mit der SPD ist schon deshalb nicht möglich, weil diese Partei den Sieg des Faschismus nicht verhindern will und damit den Sozialismus in nebelhafte Ferne rückt. Die Sozialdemokratie hat keinen Anlaß, außenpolitische Extravaganzen mitzumachen, solange hinter der Regierung der Schatten Hitlers steht, ist eine Dauerlösung der Reparationsfrage nicht möglich. Genosse Karl Bietzsch schildert, wie durch Finanznot und hier in Breslau vor allem durch die Spaltung unsere Politik auf dem Rathhaus sehr erschwert werde. Die Verlegenheitspolitik der SPD richtet sich einig und allein gegen unsere Partei; neuerdings verlegt sie ihre schädliche Politik auch in andere Organisationen, so auch in den Freidenkerverband. Solch unfruchtbare Arbeit muß verjuch werden in Zukunft zu verhindern.

Nach einem kurzen Schlusswort des Genossen Wendemuth wurde die auf verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Generalversammlung der Kinderfreunde

Es geht trotz der Spaltung wieder rüstig vorwärts 1932 muß die Scharte wieder ausgeweht werden

Von den Vorgängen innerhalb der Partei, die sich in den ersten Oktobertagen abspielten, blieb auch die Breslauer Ortsgruppe der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde nicht unberührt, so daß sich damals die Reichsleitung genötigt sah, die Ortsgruppe aufzulösen. Inzwischen hat sich die Situation geklärt und vor einigen Tagen konnte der Auflösungsbeschluss aufgehoben und der alte Organisationszustand wieder hergestellt werden.

In der für Freitagabend in den kleinen Saal des Gewerkschaftshauses einberufenen gutbesuchten Generalversammlung gab der Bezirksvorsitzende, Genosse Hugo Müller-Striegau einen Überblick über die letzten Maßnahmen der Reichsarbeitsgemeinschaft und hob dabei vor allem hervor, daß die Bewegung im ganzen Reich aus ihrer positiven Haltung zum Sozialismus heraus auch zur Stärkung der Erkenntnis des einzelnen Arbeiters beigetragen habe, nicht den Phrasen eines übersteigerten Radikalismus zum Opfer zu fallen. Es bedürfe in den Kreisen der Kinderfreunde und der Elternschaft keiner besonderen Beweisführung, daß die Kur-Theoretiker nicht aktionsfähig sind, daß aber gerade in den fürstbaren Tagen der Gegenwart die Aktion und die Aktivität gesteigert werden muß, dabei aber der einzelne nichts, die Masse alles ist. Die Spaltung die im wesentlichen auf Breslau beschränkt geblieben ist, müsse nun erst recht zu verstärkter Aktion veranlassen. Chronologisch rückte Genosse Müller nochmals die Vorgänge auf und kennzeichnete die getroffenen Maßnahmen, die das Ziel der Neugründung der Ortsgruppe verfolgten und auch erreichten. Die schweren Nadelstiche seien bald überwunden und die erreichten Leistungen hätten restlose Anerkennung der Reichsleitung gefunden. Nach Prüfung der Rechtslage sei zur Zurückverlangung des Eigentums die Wiederherstellung des alten Organisationszustandes erforderlich und deshalb durchgeführt worden.

Genosse Müller sprach sein Bedauern darüber aus, daß es ohne gerichtliche Klarstellung nicht abgehen werde, weil sich kein anderer Weg finden läßt, das Tragen des roten Falles außerhalb der Kinderfreundeorganisation unmöglich zu machen. Weiter wird es auch notwendig, daß die Elternschaft durch Unterschriften die Vorstände ermächtigt, die Eigentumsrechte geltend zu machen.

Im Anschluß an den Vortrag beschloß die Versammlung einstimmig, daß alle seit dem 9. Oktober der Arbeitsgemeinschaft beigetretenen Mitglieder in die Rechte der Mitglieder der bisherigen Organisation eintreten.

Die seit der Spaltung geleistete Neuaufbauarbeit kam in dem von der Genossin Schärli erstatteten Geschäftsbericht zum Ausdruck, dem zu

entnehmen war, daß der Organisation bereits wieder weit über 400 Elternmitglieder und über 850 Kinder angehören, die in 30 Gruppen betreut werden. Die Zahl der Helfer habe bereits den Stand vor der Spaltung wieder erreicht und drei Schulungskurse mit den Genossen Weinberger und Zimmermann haben auch die pädagogischen Voraussetzungen geschaffen, die zur Aufbauarbeit erforderlich sind.

Der Solidarität der Breslauer Arbeiterbewegung ist es auch zu danken, daß es so rasch vorwärts gehen konnte, nachdem die Spalter fast alles Spiel- und Bastelmaterial, zehn Felle und die Instrumente der Kapelle entwendet haben. Zurückblickend auf die Jahresarbeit führte die Genossin Schärli die 7000 Ferientage an, die die Organisation den Kindern bereiten konnte. Der Auftakt für die neue Arbeit war die trotz aller Bedenken glänzend gelungene Jahreshesfeier. Ein Vergleich des gegenwärtigen Standes der Bewegung mit dem vor der Spaltung läßt die Hoffnung nicht unberechtigt erscheinen, daß im Jahre 1932 die Scharte wieder restlos ausgeweht wird.

Der von Genossen Malicky erstattete Kassenbericht ließ die Opferfreudigkeit erkennen, mit der die Breslauer Arbeiterenschaft finanziell zur Erhaltung und zum Neuaufbau beizutragen bemüht war und auch bleiben wird.

Nachdem der alte Organisationszustand wieder besteht, mußte die Versammlung auch die Ergänzungs- und Neuwahlen für die fahnenflüchtig gewordenen Funktionäre vornehmen. Nach einem Vorschlag der Funktionäre wählte die Versammlung einstimmig folgende Genossinnen und Genossen:

- 1. Vor.: Genossin Dina Schärli,
 - 2. Vor.: Genosse Willi Simberg,
 - 1. Kassierer: Genosse Josef Malicky,
 - 2. Kassierer: Genosse Paul Hauke,
 - Schriftf.: Genossin Berta Sobel,
 - Beisitzer: Genossinnen Tonni Simmel und Else Kewentlow und die Genossen Audi Kollf und Theodor Beyer.
- Als Revisoren wurden Genossin Gabriel und Genosse Langner gewählt.

Abschließend berichtete Genosse Hugo Müller noch ausführlich über die Vorarbeiten für die verschiedenen Ferienpläne der Reichs- und Bezirksarbeitsgemeinschaft, die bereits kurz vor den letzten entscheidenden Beschlüssen stehen. Dem Vortrage schloß sich eine kurze Aussprache und Fragenbeantwortung an. Mit dem gemeinsam gesungenen Liede „Hebt unsere Fahnen in den Wind“ fand die zu neuer Arbeit führende Generalversammlung ihren Abschluß.

10 Jahre Ortsverband der Kleingärtner

Die Jubelfeier in Konzerthause - Festrede des Verbands-Vorsitzenden - Kleingärtner und Gegenwartsnot - Forderungen an Behörden

In diesen Tagen sind es zehn Jahre her, seit sich 34 Breslauer Kleingärtnervereine zu einem Ortsverbande zusammenschlossen. Die Revolution und die Verfassung von Weimar haben die Voraussetzung für eine kräftige Entwicklung des Kleingärtnerwesens geschaffen und trotz aller Not der Zeit ist es kräftig vorwärts gegangen. Ja, die Not zwingt geradezu zur Förderung einer Bewegung, die dazu berufen und geeigneter ist, die Volksgesundheit zu fördern und die Ernährung bedürftiger Volksteile etwas aufzubessern. Die Jubelfeier wurde am Sonntag vormittag im großen Saale des Breslauer Konzerthauses feierlich begangen. Die Kapelle Paul Häusler leitete sie durch die Symphonie-Ouvertüre von Beethoven stimmungsvoll ein. Nach einem Vorpruch des Herrn Gaebel begrüßte Verbandsvorsitzender Barthold die Vertreter der Behörden und der Presse und wies auf die zehnjährige Geschichte des Verbandes hin, die in einer Broschüre ausführlich gewürdigt worden ist. Ihm dankte Regierungsrat Landmann namens des Regierungs-

präsidenten, Stadtrat Loffe als Dezentent des Breslauer Kleingärtnerwesens im Namen des Magistrats und des anwesenden Bürgermeisters Mache, Rektor Weber für den Provinzialverband, der ein Geschenk von 300 Mark als Grundstock für ein zu schaffendes Verbandshaus mitbrachte, dann Frau Rindler namens der Kleingärtnerdeputation, und Gewerbeschuldirektor Mantel, der von den Bezirken 1 und 4 weitere 600 Mark für das Verbandshaus mitbrachte.

Die Festrede hielt **Reichsverbandsvorsitzender Förker aus Frankfurt a. M.** Der Redner überbrachte die Glückwünsche des Verbandes und hob die rastlose Arbeit des Verbandes im Dienste des Breslauer Kleingärtnerwesens hervor, um dann auf die Beziehungen der Kleingärtnerischen Betätigung zum Volkswohl und Staatsgedanken zu sprechen zu kommen. Es liegt etwas Schicksalhaftes in der deutschen Kleingärtnerbewegung, daß sie immer

Prüfen Sie, ob

der Geschmacks-Unterschied zwischen CLUB 31 und einer beliebigen 5-Pfennig-Zigarette so gross ist, dass ein Mehrpreis von 1 1/2 Pfg. wirklich gerechtfertigt ist!



Familien-Anzeigen

Gesamtverband der Arbeitnehmer
Am Freitag, den 22. Januar 1932, verstarb unser
verehrtes Mitglied, der Rohrleger **L. R.**
Paul Lachmann
im Alter von 70 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Gräberverwaltung Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, den 27. Januar, 3 Uhr,
von der Halle 2, Tor 6, des Oswitzer Friedhofes.

Am 22. Januar verschied unser Mitglied
Paul Lachmann
im Alter von 70 Jahren. 6652
Ehre seinem Andenken!
**Die Mitglieder der Schärpenkassa
der Städtischen Rohrnetzbetriebe.**
Beerdigung: Mittwoch, den 27. Januar, nachm.
3 Uhr, von der Leichenhalle II, Tor 6, in Oswitz.

Bin in der Wohlfahrtspflege als
behandelnder Arzt zugelassen.
Dr. Kordelle
Kleine Fürstenstraße 25
Sprechstunden 8-9, 3-5

Ich übe meine Praxis weiter aus
Sprechstunden 8-10, 3-5
Sanitätsrat Dr. Brumme
Moltkestraße 11 2941

Berücksichtigt unsere Inserenten!

**Inventur-
Ausverkauf**

zu Spottpreisen!
Bei diesen Preisen bezahlen
Sie kaum die Stoffe!

- Moderne Ulster 7.25
- Paletots mit Samtkragen 14.50
- Herrn-Anzüge gute Qualitäten 7.75
- Sportanzüge moderne Stoffe ... 8.75
- Knaben-Stoffanzüge 2.35
- Gestreifte Hosen 0.95
- Knickerbocker 2.35

Bekleidungshaus
Cheimowitz
Teichstr. 27, parterre. **Kein Laden.**

Am 22. Januar 1932 entschlief sanft nach kurzem
Kranklager mein lieber Vater, Schwiegervater, Groß-
vater, Bruder, Schwager und Onkel, der pensionierte
Rohrleger

Paul Lachmann

im 71. Lebensjahre.
Breslau, Charlottenburg, den 26. Januar 1932
Michaelisstraße 24
In tiefer Trauer:
im Namen aller Hinterbliebenen
Gertrud Kalkan, geb. Lachmann
als Tochter.
Beerdigung Mittwoch, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der
Kapelle 2, Tor 6, Oswitzer Friedhöfe. 6053

Bei
Hautjucken, Flechten
offenen Füßen, Krampfadern

auch veralteten Wunden ist die milde und wohltuende
San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe
seit Jahrzehnten ärztlich empfohlen und bewährt.
In Original-Dosen à 1.25, 2.50 und 4.50
Zu haben in Apotheken 10162
wenn nicht vorrätig, Versand kostenfrei durch
Elefanten-Apothek, Berlin SW 19/62
Leipziger Straße 74 (Dönhofsplatz)

Warme Winterstrümpfe
bis 15 Jahre, im Ausverkauf
Paar 45 Pf.
Friedländer, Sonnenstr. 30

Lebensbilder
erzählt von Willy Cohn
**Wilhelm
Liebknecht**
Mit 1 Bildnis 90 Pfennige
Volkswacht-Buchhandlung

Maskenverleihung!
1.50, 1.00 und 0.75 Mk. etc.
Sonnenstraße 30 i. Gesch.

Unseren

**Inventur-
Ausverkauf**

müssen Sie besuchen!

Wir liegen richtig!



7 Sonder-Verkaufstage!

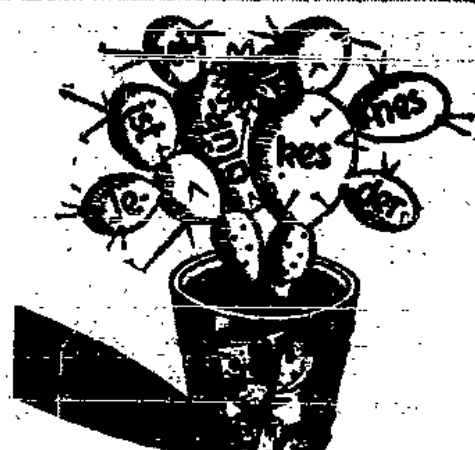
vom 25. Januar bis 4. Februar
auf alle **guten regulären Qualitäten**

Keine
Ausverkaufs-
waren!
10%
Arbeitsweifen
Soden
Unterwäsche
besonders billig!

Fabrikreste • Wäsche aller Art • Berufsleidung
bedeutend unter Preis

Leinenhaus Gotthard Völkel

Breslau
Friedrich-Wilhelm-Str. 51 u. Albrechtstr. 56, 2. Haus vom Ring



Welches Sprichwort enthält obenstehendes Bild?
Um unsere Firma in weitesten Kreisen einzuführen und
mit den durch uns gebotenen Vorteilen bekannt zu machen,
veranstalten wir diese Preisfrage. — Die Einsender einer
richtigen Lösung nehmen teil an der monatlichen Verteilung
der nächstehenden Preise im Gesamtwert bis

RM. 5000.-

und zwar 1. Preis: 1 Motorrad, 2. Preis: 1 Zimmerein-
richtung, 3. Preis: 1 Standuhr oder 1 Faltboot, 4. bis
5. Preis: 2 Radio-Netzanschlussgeräte komplett, 6. Preis:
1 Staubsauger, 7.—8. Preis: 2 Fahrräder, 9.—10. Preis:
2 Photoapparate, 11.—100. Preis: diverse Gebrauchs-
gegenstände. Auf Wunsch den Wert der Preise in bar.
Ferner eine große Anzahl Trostpreise. Die Teilnahme ist
kostenlos und verpflichtet den Einsender zu nichts.
Die Einsendung muß jedoch umgehend erfolgen. Für be-
sonders gewünschte Empfangsbestätigung und Auskunft
ist Rückporto beizulegen.

Werbezentrale f. neuzeitliche Raumkunst, Berlin W. 57.
Senden Sie bitte Ihre Lösung noch heute an den Treu-
händer Werbeleiter Wal er Müller, Berlin W. 57,
Bülowsstraße 6 / B 354

**Kleine
Anzeigen**
sind in der
Volkswacht
billig
u. erfolgreich

**Alliscleran-
Entkalkungssaft**

mit biochemischen Zusätzen nach **Mk. 2.85** (auch in Te-
Dr. med. Jordan, 200 g-Flasche **Mk. 2.85** blettentform)
Vorzüglich bewährt bei Arterienverkalkung.
Apotheke zur Hygiea
Breslau 2, Tauentzienstr. 31, Ecke Grünstr.

Wir empfehlen uns bestens

Die Kreis-Spar- u. Girokasse des Landkreises Breslau
Weidenstraße 15

nimmt
Spareinlagen
in jeder Höhe zu
günstigen Bedingungen
anliegen

Klischees
Carl Geis & Co.

Bilder **Einrahmungen** Spiegel
Billigste Preisstellung bei
Paul Labastin, Breslau, Bahnhstr. 13
Berücksichtigt unsere Inserenten

Druckerei »Volkswacht«
fertig
moderne Drucksachen
Breslau 2, Flursstraße 4/6

Für Drucksachen u. Inserate
Schönhals Klischees
Breslau 1, Reuschestr. 51

Wein ist billig!
Wer deutschen Wein trinkt,
hilft den notleidenden deutschen Weinbauern
Bevorzugen Sie
Raiffeisen-Weine!
Zu haben zu Originalpreisen in vielen Kolonial-
waren- und Delikatessgeschäften, auch in der
Provinz, sowie im Hauptbüro der Raiffeisen-
Weinhandlung, Breslau, Junkerstraße 41/43

Schlesische Mühlenwerke
Aktiengesellschaft Breslau

Hervorragend gute
Weizen- und Roggenmehle
Spezialität:
Auszugmehl „Schneeflocke“
erschätlich in allen Verkaufsstellen des Konsumvereins „Vorwärts“

**Reinhard
Bischoff**
Herdainstraße 69 und
Augustastraße 9
Tel. 391 72 u. 504 26
Kraftwagen-
Reparatur-
Werkstätten

Gaskoks
der gute Brennstoff
für Zentralheizungen
und Füllöfen.
Zu beziehen durch die
**Städt.
Gaswerke**
Telefon 294 81
oder durch die Kohlen-
händler.

BLUMENSCHULZ
in der **Reichsstraße**, Breslau, **M. 211**
Bücher für **Lehrer** und **Eltern**
Königsplatz 20 gegenüber Hauptbahnhof, im Hotel
Kroppitz u. Zentralschiffhaus **Reichsstraße 28**

Fritz Kautzmann, Breslau 23
Bismarckstraße 156 (Ecke Hauptstr.) • Tel. 269 95
Werkstätten
Auto-Reparatur • Auto-Licht • Lackarbeiten

Schenk Bücher
aus der
Volkswacht-Buchhandlung
Neue Braupassstr. 5 • Flursstr. 4

Paul Handke Maurer **Arch- und Tischler**
Meister
Inhaber: **Oppelt & Marknake**
Gegr. 1887 • Breslau 1, Vorwerkstr. 44 • Tel. 570 98
Maurer- und Zimmereibetrieb, Wohnungsbau
Gutsachten, Entwurfsbearbeitungen, Bauberatung

Gold aus Indien für England



einigen Tagen kam in London eine Sendung reinen Goldes aus Indien für die Bank von England an. Der Wert dieser Sendung betrug 2 Millionen Pfund, also über 28 Millionen Mark.

Der neue Dornier-Typ

Größere Geschwindigkeit — Größere Wirtschaftlichkeit

Seit langem ist die Flugtechnik bestrbt, nicht nur die Geschwindigkeit, sondern auch die Wirtschaftlichkeit der Flugzeuge zu erhöhen, denn der Luftverkehr ist in wirtschaftlicher Hinsicht immer noch ein Schmerzenskind. Mit dem neuen Dornier-Flugzeug No. K., das am Mittwoch-Nachmittag auf dem Flughafen Tempelhof zum erstenmal der Öffentlichkeit vorgeführt wurde, scheint in dieser Richtung ein wesentlicher Schritt vorwärts getan zu sein.

Man hat schaudrig!

Das Do. K. ist 16,55 Meter lang, hat eine Flügelspannweite 25 Metern bei einer Höhe von rund 4 1/2 Metern. Der Rumpf wurde in Stahlrohrschwerk-Konstruktion ausgebildet, die mit Bespannungsmaterial bekleidet. Leichtmetallspanten sind auf das Fachwerk aufgesetzt und geben ihm eine gute Minienform. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, daß die wichtigsten Knotenpunkte in der Konstruktion, die bei einem Betrieb besonders beansprucht sind, auch im Fluge ständig wachst werden können.

Der Führer ist wie allgemein üblich vorn angeordnet. In der Mitte des Flugzeugraums und ein Vorrat mit Toilette-utensilien sind drei Gepäckräume vorgesehen. Der durchsichtige Glas- abgeglichene Führerraum ist mit Doppelverglasung ausgerüstet. Das Oberlicht, das über jedem Führer verstellbar angeordnet ist, dient auch gleichzeitig als Notausgang. Alle Schalter sind zentral eingebaut. Die Führer sind verstellbar und können den Körpermaßen der Piloten angepaßt werden.

Der zehn Personen fassende Flugzeugraum ist durch eine dichte Trennungswand vom Führer abgegeschlossen. Der Pilot wird diese Schalldichtung als eine besondere Annehmlichkeit empfinden. Das Motorengeräusch ist zum erstenmal auf ein Minimum abgedrosselt.

Biermal 240 PS.

Der freitragende d. h. nicht verpannte Flügel ist pfauenförmig gestaltet und direkt auf den Rumpf montiert. In den Enden sind auch die je 500 Liter fassenden Brennstoffbehälter angebracht, aus denen der Brennstoff den Motoren durch ein langes Gefälle zuströmt.

Das Flugzeug ist mit vier seitlich montierten, luftkühlten Walthers-Castor-Motoren von je 240 PS. ausgerüstet, die fast 1000 PS das Flugzeug emporheben. Die Höchstgeschwindigkeit soll 227 Kilometer in der Stunde betragen. Die Wirtschaftlichkeit, wie sie wirtschaftlich auf längere Dauer gehalten werden soll, wird mit 200 Kilometer angegeben. Die vier Motoren arbeiten, kann das Flugzeug bis auf 1000 Meter steigen. Bei drei Motoren erreicht die Maschine noch eine Gipfelhöhe von 3500 bis 4000 Meter, d. h. es ist immer noch dieselbe Höhe halten, wie sie bei den heute in Gebrauch befindlichen Verkehrsflugzeugen üblich ist. Falls das Flugzeug nur mit zwei Motoren fliegt, ist es immer noch imstande, eine Höhe von 1000 Metern einzuhalten.

Durch die Verteilung des Antriebs auf vier Motoren wird die Sicherheit des Flugzeuges ganz erheblich gesteigert. Erst bei viermotoriger Anordnung ist bei Ausfall eines Motors genügend Kraftreserve vorhanden, um ohne Ueberbeanspruchung der übrigen Motoren noch die größte Flughöhe zu erreichen.

Trotz der großen Reisegeschwindigkeit zeigte sich bei den Flügen, daß die Landung außerordentlich sanft und sicher ist. Das für Start und Landung vorgesehene Fahrwerk besteht aus zwei Laufrollen und einem am Hinterteil des Rumpfes schwenkbar im Rumpf gelagerten Spornrad. Die Laufrollen sind ebenfalls frontlinienförmig verkleidet und mit Gummirollen versehen, so daß der Auslaufweg bei der Landung sehr kurz ist.

Die Nachtflug-Maschine.

Durch die Geschwindigkeitssteigerung, die im amerikanischen Luftverkehr schon seit langem üblich ist, wird das Flugzeug wirtschaftlicher arbeiten als die sonst im deutschen Luftverkehr eingesetzten Maschinen. Bemerkenswert ist, daß die Wirtschaftlichkeitsteigerung ohne Mehraufwand an Betriebskosten erzielt wird. Es ist auch dem Laien klar, daß schnellerer Flug eine größere Zahl von Flügen leisten können als ein langsamer. Wichtig ist für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit des neuen Flugzeuges auch die Tatsache, daß es billiger gebaut wird, als die übrigen deutschen Verkehrsflugzeuge, und daher einen geringeren Kapitaldienst erfordert.

Schnelle und sichere Flugzeuge steigern selbstverständlich die Wirtschaftlichkeit des Luftverkehrs. Je größer der Leistungsunterschied ist zwischen dem Flugzeug und dem üblichen Landverkehrsmittel und je niedriger bei wirtschaftlich arbeitenden Maschinen der Fahrpreis angelegt werden kann, umso größer wird die Zahl der Fluggäste, um so besser die Ausnutzungsmöglichkeit des vorhandenen Flugzeugparkes. Gerade für die Eigenschaften des Do. K. eignen sich besonders die für die Einkehrung auf Strecken, die keine Notlandstellen bieten. Man kann sie mit Erfolg im Nachtflug einsetzen, der besonders sicher arbeitende und mit großer Leistung ausgestattete Maschinen erfordert. Darüber hinaus ist das Do. K. als Expeditionsflugzeug für die Verwendung in abgelegenen Gebieten sowie auch für Fernflüge besonders geeignet.

Der Bürgermeister als „Wohlfahrtsempfänger“

Die Ermittlungen wegen der Unterschlagungen beim Bürgermeisterrat Koetgen (Rheinland) sind nunmehr abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft hat die Akten unter Anklageerhebung gegen den Bürgermeister an das Gericht weitergeschickt. Der bisher festgestellte und bereits abgedeckte Verbleib betrug beläuft sich auf circa 15 000 RM. Die Unterschlagungen wurden dadurch entdeckt, daß die angeblich für Wohlfahrtsunterstützungen geleisteten Beträge das Maß der Ausgaben, die die Gemeinde hatte, erheblich überstiegen. Den Lebenslauf hat der Bürgermeister, wie die Untersuchung ergab, für sich verbraucht. Die Unregelmäßigkeiten erstreckten sich auf einen Zeitraum von vier Jahren.

Briand nimmt Abschied, für wie lange?



Am Quai d'Orsay — dem französischen Außenministerium — übergab jetzt Frankreichs langjähriger Außenminister, Briand (links), sein Portefeuille dem Ministerpräsidenten Laval (rechts), der nun auch noch das Außenministerium leiten wird.

Frenzel-Revision verworfen

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts hat die Revision des wegen Blutschande an seinen Töchtern zu einem Jahre sechs Monaten Zuchthaus verurteilten Amtsvorstehers Frenzel aus Bönning bei Potsdam verworfen. Rechtsanwält Arthur Brandt, Berlin hatte als Verteidiger Frenzels beantragt, wegen des in sachlicher Hinsicht unzureichend begründeten Urteils des Potsdamer Landgerichts den Fall noch einmal zur Verhandlung bringen zu lassen. Das Potsdamer Urteil der Kammer des Landgerichtsdirektors Hellwig enthalte viele unlogische Erwägungen, sowie Widersprüche und Verstöße gegen die Verlesung.

Die dem Antrage des Reichsanwalts entsprechende Entscheidung des Reichsgerichts, die sicherlich ihre juristische Rechtfertigung finden wird, kann in menschlicher Hinsicht nicht befriedigen. Die scharfe Kritik der Öffentlichkeit an dem Potsdamer Urteil beruhte vor allem darauf, daß sich dieses Urteil im wesentlichen auf die Aussage der jugendlichen Zeugin im wesentlichen Gertrud Frenzel gründete. Von fast allen Sachverständigen wurde Gertrud Frenzel als hysterisch und unglaubwürdig bezeichnet. Nur der Sachverständige Dr. Plaut erklärte in seinem Gutachten die Zeugin als einwandfrei. Später drangen aber Gerüchte darüber durch, daß Dr. Plaut seine Meinung nachträglich geändert haben soll. Dr. Plaut hat zu dieser Behauptung öffentlich keine Stellung genommen.

Ulsberg als Sklarek-Serge?

Im Sklarek-Prozess spielt neuerdings die „Kassiber-Legende“ eine große Rolle. Max Sklarek hat während seiner Haft im Moabitischen Untersuchungsgefängnis angeblich eine Kassiber zugefleht erhalten, der in 20 Punkten Verteidigungsansätze geben soll. Es heißt, daß dieser Kassiber im Büro des Rechtsanwalts Ulsberg, der ursprünglich die Verteidigung der Sklareks beabsichtigt hatte, hergesteuert worden sein soll. Willy Sklarek bittet nun, die Rechtsanwältin Ulsberg und Gollnick darüber zu vernehmen, daß es sich bei dem bei Max Sklarek aufgefundenen Papier nicht um einen Kassiber, sondern nur um Informationen gehandelt haben soll. Im Zusammenhang hiermit beantragt Rechtsanwalt Bohn, den Angeklagten Max Sklarek noch einmal zu untersuchen. Folgendes: „Das ist ausgeschlossen; Max Sklarek ist schwer krank, mit seinem Tod muß täglich gerechnet werden.“

Strafanzeige gegen einen Schöffen aus dem Frenzel-Prozess

Wie die Oberstaatsanwaltschaft mitteilt, ist bei ihr gegen den Gemeindevorsteher Mische, der im Frenzelprozess als Schöffe tätig war, eine Anzeige wegen eines zwei Jahre zurückliegenden Notzuchtsversuches eingelaufen. Die Anzeige wird von der Oberstaatsanwaltschaft nachgeprüft.

20 Personen durch Kohlenergo ohnmächtig geworden

Während einer Veranstaltung des Kriegervereins in Schlettau bei Halle am Sonntag entwickelten sich im Versammlungssaal Kohlenergo. Mehr als zwanzig Personen wurden ohnmächtig aus dem Saal getragen. Der Landjäger ließ die Veranstaltung abbrechen.

Selbstmord-Explosion

In Düsseldorf wurde ein Einfamilienhaus durch eine Explosion vollständig zerstört. Eine Person wurde getötet, zwei erlitten schwere Verletzungen. Die Explosion ist auf den Selbstmord eines 20jährigen Bewohners des Hauses zurückzuführen. Der junge Mann, der schon seit 2 Jahren arbeitslos war, hatte sämtliche Gasohlfässer in dem Hause aufgedreht und sich dann in sein Zimmer gelegt, um den Tod zu erwarten. Vorzeitigkehrte der Vater heim. Seine brennende Pfeife löste die Katastrophe aus.

Gebendet . . .

In Gronau (Westfalen) fuhr ein Taxi in eine Gruppe von Fußgängern; zwei Personen wurden getötet. Der Chauffeur des Angliksautos gibt an, daß er durch die nicht abgeblendeten Scheinwerfer eines ihm entgegenfahrenden Lastautos so geblendet worden wäre, daß er die Fußgänger nicht hätte sehen können.

Zweifacher Raubmord

In der Gemeinde Jansich wurden am Sonntag morgen der Knecht und das Dienstmädchen des Landwirts August Szuick, während das Ehepaar Szuick von der Festung abwesend war, von bisher unermittelten Tätern durch Beilichie ermordet. Als die Eheleute gegen 7 Uhr aus der Kirche nach Hause kamen, fanden sie den Knecht Stephan Piesha im Hofe tot auf, während das Dienstmädchen Rosalie Bielas leblos in der Küche lag. Die Akt, mit der Tat ausgeführt worden ist, fand man am Tatort auf. Die Räuber hatten die Wohnung nach Geld durchsucht und sollen etwa 700 Mark geraubt haben.

Prinzessin Sternmiese

Von G. Th. Rotman.



41.

Eines Tages, als Elchen wieder mit dem schweren Besen fegen mußte, hörte es hinter sich eine spottende Piepstimme: „Geht, muß das liebe Geratind Dienstmädchen spielen? Rah nur auf, daß du deine weißen Handrücken nicht schmutzig machst!“ Elchen schaute auf. In einem Loch der Mauer sah ein abgeheulicher Zwerg und streckte seine Junge aus.



42.

„Geht du weg!“ rief Elchen, und wütend und ängstlich zugleich schickte sie dem Zwerg den Besen ins Gesicht. „O, Mutter, man muß mich ermahnen, nicht der Zwerg. Dann laufe ich nach hinten herüber und mach mit einem Male verschwinden.“

(Fortsetzung folgt.)

Achtung, die Sozialisierung geht um

Bürgerliche Presse für Sozialisierung der Verluste in O.S.

Die bürgerliche Presse in Oberschlesien ist höchst beunruhigt; die bloßen Sozialdemokraten haben nämlich im Hausparlament des Reichstages einen Antrag eingebracht, der angeblich ein „Verbot gegen Überschüssens Wirtschaft“ darstellt. Sie haben unerhörter Weise verlangt, daß das Reich in Oberschlesien nicht unerlos Unternehmungen mit angeblichen Kreditverlusten in der Weise lanciere, daß einfach auf vergebene Kredite verzichtet wird, sondern vielmehr eine einheitliche Zusammenfassung der Industrie gegebenenfalls durch die öffentliche Hand gefordert. Beweglich wird da gemurmelt, daß so ein komplizierter Mechanismus wie das obereschlesische Wirtschaftsleben des Industriegebietes viel zu beweglich behandelt werden müsse, um es etwa der angeblichen starken fiskalischen Verwaltung auszuliefern, wird auch behauptet, daß eben diese Verwaltung zur Abgabe der Gemeinkasse und des Werks Malapane, die der „Braunhag“ gehörten, geführt habe. Daß aber die Oberhäute diese beiden Werte noch garnicht bezahlt haben, daß sie außerdem 36 Millionen hypothekarischen Kredit vor Reich und Staat zusätzlich diverser weiterer Millionen die offenbar nicht in ausschließlich gewinnbringender Weise verwendet oder auch in der recht unbedingten Verschleudung der obereschlesischen Industrie einfach verschwendet sind, sehr gerne „sozialisieren“ d. h. der Allgemeinheit der Steuerzahler aufzupaßen möchte, das liest man in der bürgerlichen Presse Schlesiens nirgendwo.

Sozialisierung der Verluste, das ist bekanntlich in Deutschland eine auch in „höchsten“ Kreisen durchaus beliebte Form der Sozialisierung, die vollenparteilich gefärbte „Ostdeutsche Morgenpost“ ist sehr dafür und bringt es in geradezu beneidenswert unverfrorener Weise fertig zu behaupten, daß die 30 Millionen langfristiger Kredite von Reich und Staat im Vergleich zu den Summen, die das Ruhrgebiet a fonds perdu erhalten, sehr bescheiden zu nennen sind, wenn man berücksichtigt, daß das Ruhrgebiet keine Aufstandstämpfe und immerhin eine sehr viel kürzere Besatzungszeit erlitten hat, während Oberschlesien noch durch die Grenzziehung und die dadurch bedingten Gebietsverluste an den Wurzeln seines Wirtschaftslebens getroffen wurde.

Diese Art der Argumentation ist typisch, für die Bedenklosigkeit mit der der Staat von kapitalistischer Seite unter Zuhilfenahme nationaler Argumente ausgeplündert werden soll, ohne Gegenwerte in Gestalt bestimmenden Einflusses zu erhalten. Das Blatt der obereschlesischen Kapitalisten hat bloß vergessen hinzuzufügen, daß nicht die Grenzziehung, sondern viele andere Faktoren, vor allem das anarchoische Durcheinander der kapitalistischen Produktion in erster Linie auch in O.-S. die heut vorhandenen Schwierigkeiten verursachten. In O.-S. wurden beispielsweise in den letzten sechs Jahren nicht weniger als 50 Millionen Reichsmark von den verschiedenen, teils konkurrierenden, teils miteinander verknüpften Unternehmungen zur Gewinnung von Rohstoffen investiert, die alle zusammen dem noch recht günstigen Jahr 1929 nur zu einem Drittel ihres Produktionsumfangs ausgenutzt werden konnten.

Wirklich ganz unglaublich, daß die Sozialdemokraten nun verlangen, dieser Unfug soll abgebaut und die ganze Züchtlung des Reichers planmäßig zusammengefaßt werden; ja unglaublich, daß ein vom Frontkämpfen des Einzelnen vernebeltes Gehirn das nie begreifen wird.

Not bricht Paragrafen

Ein erschütterndes Glendbild vor Gericht

Ein erschütterndes Glendbild vor dem rapide steigenden, grenzenlosen Glend der Arbeitslosigkeit und dem unheimlichen Verfall, ihm mit den Paragrafen des Strafgesetzes heizungswillig, entrollte dieser Tage eine Verhandlung vor dem Viegnter Schöffengericht gegen den Krautmagensführer Otto W., den Schweißmacher Richard S. und den Lederzüricher Willi D., sämtlich aus Hagau, wegen „schwerer Diebstahls“. Die beiden ersten Angeklagten sind 1 1/2 bzw. 2 1/2 Jahre lang arbeitslos, der dritte Angeklagte ebenfalls schon längere Zeit, und mit ihren Familien so in bitterste Not geraten, da die dürftigen Unterhaltungen natürlich nirgends reichen. Unter dem Druck dieser Not entschlossen sich alle drei, ihren Frauen und Kindern wieder einmal ein Stückerl Fleisch zu verschaffen. In der Nacht zum 20. August 1931 begaben sie sich dann auf ihren Rädern nach Ober-Waldorf. Dort brangen sie in die Viehställe des Rittergutsbesizers Jährdrich ein und schlachteten hier mit Messer und Meißel eine Kalbe ab, die sich nachträglich als tragend herausstellte. Das Tier wurde an Ort und Stelle ausgeschlachtet, und jeder Arbeitslose nahm sich ein Stück von dem Fleisch. Der Rittergutsbesitzer fand am anderen Morgen die Reste der geschlachteten Kalbe auf. Das erbenete Fleisch wurde in der Gemüshaus verbrannt und teilweise eingewickelt, um einen Vorrat im Winter zu haben. Diese eingewickelten Fleischstücke wurden dann später bei der Hausreinigung bei den Angeklagten aufgefunden.

Der Staatsanwalt billigte den Angeklagten angehörs ihrer Notlage mildernde Umstände zu, beantragte aber dennoch je einjährig bis zweijährig Gefängnis und sofortige Verhaftung. In ergreifender Weise schilderte W. dann, wie er früher von früh bis abends arbeitete und nur durch die entsetzliche Not der Arbeitslosigkeit zu der Straftat getrieben wurde. Er war durch den Tod seiner Frau und eines Kindes und die Pflege eines weiteren verkrüppelten Kindes, sowie eine neue Heirat in Schanden geraten, und auch der dritte Angeklagte war das Opfer schwerer Schicksalschläge geworden.

Angehörig dieser Schicksale ermahnte das Gericht gegen jeden Angeklagten auf die schon eingewickelten Reste Fleischstücke Strafe, bei schwerem Rückfall diebstahl von je einem Jahre Gefängnis.

Die Pfefferkuchen am Glend

waren Rational, kapitalistisch

Die Pfefferkuchen, die den Pfefferkuchen Dornitz im Gefäß zur Friedensfeier in Handorf Kreis Waldenburg erstanden haben, sind nunmehr verhaftet worden; es handelt sich um den Glendbesitzer Karl Schmidt, dessen Sohn und den Glendbesitzer Hermann. Alle drei sind brennenderen Parteigänger der heutigen Arbeiterbewegung. Wer von ihnen den teilsigen Glend angeführt hat, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Sie wurden vorläufig dem Waldenburger Gerichtsgewahrsam zugeführt.

Glend Speise

an Reichert empfindlich

Auf dem Domäne Ober-Kenigsdorf (Graßhaff) ist die Speisekammer mit einem Leihung nach Speise. Dieser unheimlichen Kontextes mit der Hilfe traf ein Speise in der Ende lebendes schließliche Wachen in den Leib. Das Wachen wurde sofort ins Krankenhaus gebracht und operiert. In mehrere Glendbesitzer Mann und Ober durch Wachen haben Glend Speisekammer.

Die Speisekammer Ober-Kenigsdorf veranlaßt an Glend an den Speisekammer Waldenburger Pfefferkuchen. Dieser unheimlichen Kontextes mit der Hilfe traf ein Speise in der Ende lebendes schließliche Wachen in den Leib. Das Wachen wurde sofort ins Krankenhaus gebracht und operiert. In mehrere Glendbesitzer Mann und Ober durch Wachen haben Glend Speisekammer.

Die Speisekammer Ober-Kenigsdorf veranlaßt an Glend an den Speisekammer Waldenburger Pfefferkuchen. Dieser unheimlichen Kontextes mit der Hilfe traf ein Speise in der Ende lebendes schließliche Wachen in den Leib. Das Wachen wurde sofort ins Krankenhaus gebracht und operiert. In mehrere Glendbesitzer Mann und Ober durch Wachen haben Glend Speisekammer.

Es handelte sich hier um Ausführungen, die Heuleschönen am 29. Januar 1931 bei einer von der Polizei aufgelösten Versammlung im Viegnter Schöffengericht gemacht hatte. Nach den Behauptungen der Kriminalbeamten hatte er damals die Minister als Youngplan-Verbreiter, das Republikstagesgesetz als Republik-Bongen-Schulgesetz bezeichnet und nach einem Bebelstat ausgeführt, mit Diktatur könne jeder Glend regieren, nicht jeder Glend aber könne mit Ausnahmezuständen regieren.

Münzenfund beim Baumfällern

Beim Ausroden eines Baumes fand der Langenbielauer Stadtgärtner Schipke eine schmiedeeiserne Kasse, in der sich einzelne in Papier gewickelt, 38 größtenteils silberne Münzen aus früheren Jahrhunderten befanden. Die meisten der Geldstücke sind alte preussische Taler mit den Bildnissen preussischer Könige. Es wurden Jahreszahlen vom Anfang des 17. bis Anfang des 19. Jahrhunderts festgestellt. Anscheinend wurde die Kasse gegen Ende des Befreiungskrieges vergraben.

Haubmord um 700 Zloty

In Jamsk, Kreis Pleh, wurde am Sonntag die Besingung des Landwirts August Schärer, als er sich des Morgens zum Gottesdienst begeben hatte, von Räubern überfallen. Das Gottesdienstmäntel und der Pferddeckel wurden erschlagen. Hieran durchsuchten die Räuber die ganze Wirtschaft nach Geld und raubten etwa 700 Zloty.

Eiserne Front marschiert auf

Massenaufmarsch der Landproletarier des Landkreises Neumarkt

Eine Versammlung der Arbeiterschaft wie am Sonntag hat die Kreisstadt Neumarkt lange nicht erlebt. Der Saal des „Gelben Löwen“ und die Galerie reichten nicht aus, die anströmenden Massen zu fassen. Kopf an Kopf gedrängt standen die Genossen, junge und Veteranen der Arbeit; aus allen Richtungen waren sie herbeigeströmt. Neben der Neumarkter Arbeiterschaft waren auch die Proleten aus der Umgegend Neumarkts angetreten. Der Ruf zur Bildung der „Eisernen Front“ hatte den einzig richtigen Widerhall gefunden. Einige Genossen aus Nieder-Itzule hatten sogar die mehr als 20 Kilometer weite Entfernung ihres Wohnortes von der Stadt Neumarkt nicht gescheut, und auch aus den nicht so weit entfernt liegenden Dörfern waren die Landarbeitergenossen herbeigekommen.

Unter den Klängen des Reichsbanner-Bundesliedes marschierten zu Beginn mehrere Fahnenabteilungen in den Saal, die große Mühe hatten, durch die eingekesselt in den Gängen stehenden Massen der Versammlungsteilnehmer hindurchzukommen. Genosse Kramlich wies einleitend kurz auf Zweck und Ziele der Eisernen Front hin. Dann entrollte Reichstagsabgeordneter

Genosse Wendemuth-Waldenburg

in einem halbstündigen Vortrage die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Situation Deutschlands und der übrigen Welt. Sehr eindeutig setzte er auseinander, daß die wachsende Arbeitslosigkeit und Verelendung der Volksmassen nicht auf Deutschland beschränkt ist, ihr Umfang greift die Sieger und Besiegten des Weltkrieges erfaßt hat und wies nach, daß nicht der Marxismus und die Sozialdemokratie, sondern die anarchoische Unordnung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Ursache dieser Entwürdigung ist. Leider habe noch nie die Möglichkeit bestanden, praktisch zu beweisen, daß der Marxismus ein besseres, die Menschen glücklicher machendes Wirtschaftssystem aufzurichten vermag.

In längeren jährlichen Ausführungen setzte sich Genosse Wendemuth-Waldenburg mit den neuesten Ansichten der wandelnden kapitalistischen Ordnung, den Nazis auseinander, zeigte an der sozialen Struktur dieser „Arbeiterpartei“, wie wenig sie mit dem von uns gestellten Begriff des Sozialismus etwas zu tun hat und als Mittel des Kapitals nur besteht ist, eine Diktatur aufzurichten, mit deren Hilfe auch die letzten Ertragsleistungen des Proletariats beschlagnahmt werden würden. Klar und eindeutig hob der Redner hervor, daß das Tun der Regierung Bränning nicht unser Tun ist, daß aber die Tolerierung dieser Regierung der einzige Weg war, die Faschisten von der Macht fernzuhalten, weil es die Sozialdemokratie aus der ihr eigenen Verantwortung heraus ablehnen muß, ihre Anhänger in eine offene Rebellion hineinzuführen, die ungeheure Bluttatfer fordern würde. Abschließend ging Genosse Wendemuth auf die Bildung der Eisernen Front ein, die den letzten Proletarier, die letzte Proletarierin erfaßt und in die Front der Massenbewußten Arbeiterschaft einreihen soll. Alle Kräfte der Arbeiterbewegung müssen sich bewußt sein, daß sie eine geschichtliche Stunde vor große Aufgaben stellt. Die Eisernen Front muß von sich sagen können: „Ihr kennt uns, doch ihr wißt nicht, wer wir sind, unser die Welt trotz allem!“

Bränningers Verfall der fast ausschließlich von Männern besetzten Versammlung dankte dem Redner. Die Kundgebung, die nach einem Schlusswort des Genossen Kramlich mit einem Hoch auf die Partei und Reichsbanner der Reichsbannertruppe ausklang, war ein begeisterter Applaus für die Sammlung der Abwehrkräfte gegen den Faschismus und im Neumarkter Kreise und dürfte den Kapitalisten der Neumarkter Oberzone Pleh hatte zwar die Behörden bestärkt, diese Kundgebung nicht zuzulassen — recht unangenehm in die Knochen gefahren sein.

Verfall zum Waldenburger

in Neumarkt

Die erste öffentliche Versammlung der „Eisernen Front“ in Neumarkt am vergangenen Samstagabend war ein Beweis für die Festigkeit und Kampfbereitschaft unserer Bewegung auf dem Lande, die zugleich das erste öffentliche Auftreten der Spalter hatte. Gegen 500 Teilnehmer füllten den Saal. Nur wenige vom Redner, Genossen Wendemuth-Waldenburg schlagfertig erledigte Zwischenfrage unterbrechen seinen interessanten Vortrag. Beginnend mit der innerpolitischen Lage, erklärte er den Ursachen des kapitalistischen Systems und erläuterte daran laufend die Ziele des Sozialismus, seine Stellung und wünschenswerte Gebundenheit zur heutigen Regierung und forderte die Revolution, die im Dritten Reich ausgeführt werden müßte, um das kapitalistische System zu erhalten, die allein von den Arbeitern zum Kampf gegen die Nazis seien.

Im zweiten Teil seines Vortrages ging Genosse Wendemuth-Waldenburg auf die gegenwärtigen Ereignisse ein, die die Arbeiterbewegung politisch durchdringen. In Neumarkt freilich behauptete er, daß die Arbeiterbewegung mit dem Faschismus nicht verträglich sei, wie wir auf der Erde annehmen. Er ging schlagend auf die gegenwärtigen Ereignisse ein, die die Arbeiterbewegung politisch durchdringen. In Neumarkt freilich behauptete er, daß die Arbeiterbewegung mit dem Faschismus nicht verträglich sei, wie wir auf der Erde annehmen.

16 Kommunisten verhaftet

In J. J. O.S. ist, wie wir schon meldeten, am Donnerstag ein der NSDAP angehöriger Ingenieur Schramm auf der Straße in eine Schlägerei verwickelt und tödlich verletzt worden. Wie die Süddeutsche Presse teilt, ist in Zusammenhang hiermit gegen 16 kommunistischen Parteiangehörige Personen Haftbefehl erlassen worden. Bei den Ermittlungen bzw. Vernehmungen soll ein Teil der Festgenommenen angegeben haben, daß der verhängnisvolle Schlag gegen Schramm von einem Parteimitglied ausgeführt worden sei; der Tatbestand jedoch, soweit man dies der amtlichen Verlautbarung entnehmen kann, noch nicht mit Sicherheit festzulegen.

Oplau, Freitag, aber Unglücksfall? In der Kaserne des Reiterregiments 11 wurde der Reichswehrsoldat Kiefe als er von der Stallwage abgelöst werden sollte, aufgefunden. Er hatte einen Strich um den Hals, der an einem Saken befestigt war und den Oberkörper halb aufrecht hielt. Sofort vorgenommene Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg. Da keine triftigen Gründe für einen Freitag vorliegen, wird offiziell angenommen, daß K. wahrscheinlich die Wälle erschreken wollte, sich selbst die Schlinge um den Hals gehängt habe, und dann ausgeglitten sei.

Straßburg, Tod beim Baumfällen. Der frühere Führer des Gutes Ruppberg bei Schmieberg, Hauptmann a. D. Nikolaus, der mit seinem Schwager, dem jetzigen Besitzer des Gutes, und noch zwei Arbeitern, damit beschäftigt war, im Wald des Gutes Bäume zu fällen, wurde von einem fallenden Baumstamm so unglücklich getroffen, daß ihm der Kopf zertrümmert wurde. Nikolaus wurde auf der Stelle getötet.

Jah. O.S. Politischer Mord. Der Diplomingenieur Schramm, der der NSDAP angehört, wurde nachts auf dem Hauweg von einer Gruppe Kommunisten überfallen und so schwer verletzt, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb.

Der Gegenredner Marschall von der SA, war um dem Eindruck des Vortrages vollkommen ernüchert und fühlte sich verfehlt, daß unser Versammlungsleiter ihn nicht als Genosse vorgestellt hatte, denn alle Arbeiter seien Genossen. Ein treffend witzig antwortete ihm „Mitarbeiter“. Jägernd gegen Marschall mit Panzerkreuzer und Rinderpehlung, prophezeien den Untergang der SA, predigte aber die Einheitsfront und behauptete kühn, daß nicht Demokratie, sondern nur Gewalt zum Ziele führen könnte. Genosse Wendemuth ging im Schlußwort auf die Einwendungen des Sapisten ein und zeigte an, was das verlegene Einheitsgestammel der SA in Wirklichkeit bedeutet und warnte ernstlich vor Aufregungen zu Gewaltmaßnahmen wie bei der SA, und den Kommunisten. Stille Marschall mit seinen Begleitern ab. Eine Leiteranmeldung brachte 370 Mark für den Kampffonds ein. Neue Kämpfer für SA, und Reichsbanner meldeten sich freiwillig; auch einige Zeitungsleser wurden als Ergebnis der bedeutungsvollen Kundgebung gewonnen.

Rekruten fürs Dritte Reich

werden neuerdings anscheinend in Klarenkrant ausgebildet. Wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, sammelten sich am Sonntag etwa 15 Mann — also wahrscheinlich die Krantier SA. — bei der Ortsgruppenführung in Klarenkrant, um über herzhafte gemeinsame Weisen zu singen. Nach Beendigung der Gesangsübung man hinten zum Tore hinaus auf die Weise und übte wie ein auf den preussischen Kaiserhöfen „Auf“ und „Nieder“ und ähnliche nette kleine Vorübungen für das große Rekrutenlager, das im dritten Reich des Herrn Hitler natürlich zu einem wesentlichen Bestandteil der fürstorgenden Tätigkeit des Staates gehören würde.

Natürlich war das eine ganz harmlose, bedeutungslos Angelegenheit. Nur böswillige Faschisten und Sozialdemokraten finden, daß durch diese ewige Militärspielerei die öffentliche Ruhe und Ordnung Abbruch erleidet.

Klarenkrant. Aus der Partei. Am 24. Januar fand hier unsere Generalversammlung statt, in der Genosse Kramlich referierte. Nach dem befallig aufgenommenen Vortrage wurde der alte Vorstand mit neuen Rekruten wiedergewählt. Nach Erledigung einiger örtlichen Angelegenheiten schloß Genosse Kramlich mit dem Hinweis auf die schweren Entscheidungen und einem Hoch auf die Partei die Versammlung.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-171
Telephon 9704, 9706
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-18 Uhr
Breslau. Sozialistische Arbeiterjugend. Heut sprich im Jugendheim der Genosse Herbert Löbe über „Das Wahlenjahr 1932“. Sonntag, 31. Januar, Hallensport in der Turnhalle.

Schottwitz. Mittwoch, den 27. Januar, Bildungskursus in Form einer Arbeitsgemeinschaft, 19 Uhr, in der evangelischen Schule. Genossin Eise Reventlow spricht über das Thema „Die Frau und der Sozialismus“. Genossen aus sämtlichen Arbeitervereinen nehmen an unserer Arbeitsgemeinschaft teil.
Leibsch. Donnerstag, 28. Januar, öffentliche Versammlung bei Müller. Anfang 20 Uhr. Redner: Parteisekretär Schiffer.
Jordansmühl. Donnerstag, 28. Januar, vormittags 9 Uhr findet bei Beder in Danzig eine öffentliche Erwerbslosenversammlung statt. Alle Erwerbslosen sind dazu eingeladen. Redner R. Steffen-Breslau.
Krauschen. Am 27. Januar, 20 Uhr, im Jugendheim Generalversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Wetterbericht

Wetterbericht		Wetterbericht		
26. 1.	25. 1.	26. 1.	25. 1.	
Waldor	1.20	1.46	Kamien (Unter-Rega)	2.62
Neisse (Stadt)	0.58	0.56	Dobruwna	1.87
Neisse (Land)	1.77	1.76	Schluppenge (Schubitz)	1.12
Wroclaw	2.28	2.80	Waldenburg vor 25. 1.	1.29
Leibsch	0.58	0.57	Waldenburg	1.65

Witterungsbericht

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Altstadt
(Nachdruck und mit Aufzeichnung verbunden.)
Die mittlere tägliche Witterung geht und immer uneben unter dem Einfluß stehender Luftmassen. Dabei tritt wiederum aussergewöhnlich hohe Temperaturerhöhung in der Nacht. Temperatur im Maximum die Witterung nur wenig über Null anliegen, wobei dagegen die Temperatur am Morgen 2 bis 3 Grad unter Null sinkt. Diese Witterung ist durch den Einfluß von Luftmassen aus dem Norden zu erklären, die in der Nacht in die Gegend von Breslau einströmen und die Witterung bestimmen.
Auf dem Berg bei Waldenburger Höhe und in der Gegend von Waldenburger Höhe ist die Witterung durch den Einfluß von Luftmassen aus dem Norden zu erklären, die in der Nacht in die Gegend von Breslau einströmen und die Witterung bestimmen.
Auf dem Berg bei Waldenburger Höhe und in der Gegend von Waldenburger Höhe ist die Witterung durch den Einfluß von Luftmassen aus dem Norden zu erklären, die in der Nacht in die Gegend von Breslau einströmen und die Witterung bestimmen.